

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. April 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmark- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40

### Der Parteikrieg und die Gewerkschaften

VI.

In Nr. 36 war die Haltung der Buchdrucker zu dem leidenschaftlichen Gewirr des Tages Gegenstand kurzer Betrachtung. Schicksalsergebnisse darin, daß der „Korr.“ in solchen außergewöhnlichen Zeitläuften von den Kollegen mehr zum Sprachrohr der sie belebenden Empfindungen beansprucht wird und auch um andern redaktionellen Notwendigkeiten ohne Aufschub zu genügen, lieben wir eine Pause in diesen Artikeln eintreten. Wir können nicht versprechen, daß es ferner ohne solche Unterbrechungen abgeht.

Die gewerkschaftliche Neutralität ist nun das naheliegendste Kapitel, wenn auch nicht für die Buchdrucker allein darüber eine ernste Aussprache bedingt wird; ein Wähler wie ebendem verbielt sich nicht nur aus Gründen der Papierrolle. Der nachfolgend zu findende Artikel aus Freiburg i. Br. dürfte damit zugleich die Einrede erfahren, die eine Klärung zu bringen geeignet erscheint.

Man muß in dieser Frage deutlich unterscheiden, was war und was jetzt ist. Das Deutschland bis zum November v. J. war ein Klassen-, ein Obrigkeitens-, ein Polizeistaat, beherrscht von dem System des sogenannten aufgeklärten Absolutismus. Die Koalitionsfreiheit bestand mehr oder weniger theoretisch, ein Koalitionsrecht aber gab es nicht. Was die Gewerkschaften im Laufe von Jahrzehnten an Verfolgungen erlebt haben durch die Behörden, hat viel Ähnlichkeit mit den russischen Zuständen unter der Zarenherrschaft. Bände liegen sich darüber schreiben. In untrüben eignen Geschichte kann man schon bei 1838 eine respektable Fülle von solchen Drangsalierungen finden. Wenn untre Mitgliedschaft Wiesbaden im Jahre 1888 zu einem politischen Vereine gestempelt und dabei geschlossen wurde, weil sie sich an der errichteten Zentralbehörde beteiligte, so klingt das in unsern Tagen wie ein saurer Witz. Vergleichliche polizeiliche Grotesken waren anderswo noch mehr zu verzeichnen. Die höheren Verwaltungsbehörden befanden dann hochnotpeinlich im Rekurswege darüber. Der Münchner Gewerkschaftskongress von 1914 entrollte für die Gesamtheit unserer Organisationen noch ein so trauriges, großes Bild von der unheimlichen Wirksamkeit des Polizeigeistes, daß man heute nur kaum noch über die vielen Brutallösungen gegen das Versammlungsrecht und andre gewerkschaftliche Betätigungen. „Über Thema darf nicht gesprochen werden“, war eine ständige Verurteilung für das Auftreten der Überwachungsbeamten in den Versammlungen geworden. Das Reichsgesetz von 1908, das als eine freiheitliche Errungenschaft von seinen Vätern gepriesen wurde, machte die Polizeipraxis zu einem Marterinstrument für die Gewerkschaften. Erstausliches war darüber in München zu hören. Im Jahre 1913 hat die Leitung des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine ganz umfangliche Broschüre herausgegeben, die ein schweres Kapitel aus den „Kämpfen der Gewerkschaften mit Polizei und Justiz“ darstellt. Die darin enthaltenen Dokumente aus den verschiedensten Gewerkschaften, die deren politischen Charakter beweisen und ihre politische Betätigung nachweisen sollten, verblüffen einfach. Dem entwickeltesten Spürsinne, der manchmal erst seine Fährte fand durch gefällige Hinweise von Arbeiterorganisationen und andern Gewerkschaftsrichtungen, kann eine gewisse Achtung nicht verweigert werden. Für Defektivromane ließ sich hier Stoff finden. In der Einbildung einer bornierten Polizeibürokratie und der trotz allen Bestreben dennoch bestehenden Klassenjustiz waren die freien Gewerkschaften entweder politisch oder sozialdemokratisch oder für den Bestand des Staates gefährlich. Leider haben auch häufig Konkurrenzorganisationen von Arbeitern den Scheiterhaufen höher geführt. Der Gutenbergbund z. B. ist dem „sozialdemokratischen Verbände“ so am heftigsten in die Speichen gefallen. Dabei wuhlen die freiwilligen wie die amtlichen Inkläger gegen die Gewerkschaften das Delikt der „Befähigung mit politischen

Angelegenheiten“ so wunderbar unterschiedlich zu begründen, daß der klare Menschenverstand sprachlos vor diesen geistigen Anstrengungen stand. Auch die einfachste sozialpolitische Frage konnte hochpolitisch gedeutet werden. Daß auch die Gewerkschaftspressen eingeschnürt wurde in das Prokrustesbett politischer Fälligkeit, zeigt eine in der Holzarbeiterbroschüre enthaltene tabellarische Zusammenstellung aus dem Material des Berliner Polizeipräsidenten; da sind Artikel im „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission aus den Jahren 1911 und 1912, die das Hausarbeitergesetz im Reichstage, den Reichstagswahlkampf, das neue Suchtausegesetz, das Ergebnis der Reichstagswahlen behandeln, und sogar eine Weihnachtsbetrachtung als Staatsverbrechen aufgeführt. Auch die „Korr.“-Redaktion mußte noch während des Krieges ein hochnotpeinliches Verfahren wegen angeblicher Neutralitätsverletzung über sich ergehen lassen, weil wir parteipolitische Verleumdungen im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften nicht ohne weiteres auf den Buchdruckern sitzen lassen wollten. Eine Vorstellung, was in den Polizeiarchiven Deutschlands alles lagerte an „Beweismaterial“ für die politische Ausprägung der Gewerkschaften, ist gar nicht möglich. Dabei handelt es sich hier nur um die Bewertung der Gewerkschaften selbst nach polizeilich-juristischer Auffassung, der große Ausschritt der in der praktischen Ausübung der Koalitionsfreiheit begangenen „Staatsverbrechen“ bleibt ganz außer Betracht.

Im neuen Deutschland ist das nun gründlich anders geworden. Der Polizeibüffel ist außer Kurs gesetzt. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden haben den Gewerkschaften gegenüber ausgepielt mit ihren ungläubigen Gesetzesauslegungen. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist völlig frei. Diese ganz andern Verhältnisse, während der Kriegszeit durch der Regierung abgerungen kleinere Abschlagszahlungen schon in etwas vorbereitet, werden im Saumel der Leidenschaften jetzt viel zu wenig gewürdigt. Demgemäß sieht man vielfach auch nicht genügend klar: Die gewerkschaftliche Neutralität, die auch eine ansehnliche Broschürenliteratur zutage gefördert hat, ist tatsächlich erledigt! Es kann das nun noch mehr ausgemittelte Gebiet der Arbeiterpolitik ohne Beengung gepflegt werden. Der Neutralitätspassus in den Verbandsstatuten der Gewerkschaften erledigt sich mitbin. Er leidet sich ja nur aus den Rücksichten her, die der Polizeistaat nun einmal erheischte. Wenn dieser Umstand nicht so drückend gewesen wäre, hätte die große Neutralitätsdebatte auf der Kölner Generalversammlung (1908) unserer Organisation schon zu einer Abänderung des § 1 geführt. So aber mußte den Bedingungen des Obrigkeitens- und Klassenstaats noch weiser Rechnung getragen werden.

Wie der Freiburger Kollege sich aber die Sache denkt, geht es doch nicht. Eine bestimmte Neutralität wird eine Gewerkschaft auch jetzt nicht entbehren können, und das ist in parteipolitischer Hinsicht. Wenn der § 1 unfres Statuts im ersten Abstrich künftig in zwei Sätze zerfallen und der zweite lauten würde: „Parteipolitische und religiöse Fragen scheiden dabei aus“, so hätten wir damit das Ei des Kolumbus. So oder mit ähnlichen Worten wird auch die mit der Statutberatung sich befassende Generalversammlung Änderung eintreten lassen. Maßnahmen, wie sie Kollege Maner vor schlägt, sind dazu gar nicht erforderlich. Selbstverständlichkeiten reden doch für sich selbst.

Die parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften nachdrücklich zu wahren und sie auch in den Satzungen auszusprechen, ist jetzt unbedingtes Erfordernis. Wir Buchdrucker haben der gewerkschaftlichen Neutralität am allermeisten und konsequentesten diesen tatsächlichen Sinn gegeben. Kollege A. bemerkte in seinem vorzüglichen Artikel (Nr. 36) ganz richtig, daß bei uns die Duldbarkeit gegen alle politischen und religiösen Überzeugungen sehr viel zu unserm wohl unerreichten prozentualen Organisationsverhältnisse bewirkt hat. Der im Jahre 1900 von August Bebel in seiner Schrift „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ verfochtene Standpunkt:

Eine Gewerkschaft wird ihre Aufgaben und Zwecke um so gründlicher erreichen, je stärker sie ist, d. h. je

mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig sie umfaßt, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind.

Da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betrieb Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Überzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Meinungen und nationale Abstammung aufnehmen,

ist von jeder Gemeingut der Buchdrucker. Schon bei den Organisationsvorläufern in den vierziger Jahren war dies Grundab. Darum ist auch unser Verband, wie Kollege A. ebenso richtig sagt, kein geeignetes Feld für den Parteikrieg jetzt. Es zeigt aber einen klaffenden Widerspruch, wenn man in der Leipziger Versammlung am 28. März einen Hauptredner von seinem Feldherrnhügel aus mit schwungvollen Ausführungen vernehmen konnte, die sich unverkennbar im Fahrwasser der unabhängigen Parteidoktrin bewegten, während der nämliche Redner fast genau ein Jahr zuvor in einer durch ihre Sachlichkeit genubrenden Debatte mit ganz unangebrachtem Eifer forderte, „neutral bis auf die Knochen“ zu sein, obwohl er damals schon der genannten Partei angehörte und wohl gewußt hat, daß bei der Gründung Ostern 1917 in Gotha Gangselle nach den Gewerkschaften geworfen wurden. Die wiederholte, ausdrucksvolle Ermahnung, „neutral bis auf die Knochen“ zu sein, und nach einem Jahre dann mit dem Bruchton voller Überzeugung Auslösung der Parole der Unabhängigen auch für die gewerkschaftliche Interessenvertretung, das ist doch Hochdruck im Umlernen. Das Umlernen verdient ja keineswegs die heiligen Schmähdungen, womit von gewisser Seite so stark operiert wird. Die vielen Gegenwärtlichkeiten in der politischen Arbeiterbewegung gegenwärtig dürfen und können aber das Grundsätzliche nicht erschüttern, was der Gewerkschaftsbewegung nach ihrem Wesen und für ihr Wirken von Anbeginn gegeben ist. Dafür möchten wir nicht nur die Gewerkschaftsgeschichte und den traditionellen Buchdruckerstandpunkt zeugen lassen.

Es ist kein Örlingerer als Karl Marx gewesen, der vor 50 Jahren die These verfocht:

Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Sozialisten herangebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird.

Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend, die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer. Marx, der jetzt so viel Mißhandelte, hat sich also bereits 1869 zum Hauptverkünder der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften gemacht! Er hat in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter auch mit viel größerer Richtigkeit Schulen für den Sozialismus erblickt, als von vielen Marx-Gläubigen nachdem unbedeutend die Gewerkschaften als „Rekrutenschulen für die Partei“ reklamiert wurden. Aber nicht nur einzelne führende Männer, unter denen Beddoer York am schärfsten heraustritt, haben schon vor Jahrzehnten die Einseitigkeit und Selbstständigkeit der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter als Unbedingtheit gefordert, sondern der Erlanger Gewerkschaftskongress von 1872 gab dazu bereits eine programmatische Erklärung ab. Aus der neueren Gewerkschaftsgeschichte ist Karl Regien als entscheidender Verfechter dieses Grundabzuges zu nennen, wenn man von Döblin und Rehberger als einer Selbstverständlichkeit für Buchdrucker absehen will.

Es hat eine Zeit gegeben, die erfüllt war von einem Streife, der in noch überem Maße sich jetzt wiederholen könnte. Die zunächst unter der Geißel des Sozialistengesetzes aufstommenden Lokalorganisationen, im Jahre 1886 unter Kessler zu einem losen Zusammenschlusse gelangend,

waren nach dem Salzburger Gewerkschaftskongress (1892) nicht zu bewegen, sich den verändernden Verhältnissen anzupassen und das System der Zentralföderation anzuerkennen. Siehter hielten über den „halsnärrigen Polarmorgen der allgemeinen Verbändler“. Sie betrachteten sich als politische Gewerkschaften, die sozialdemokratischen Grundzüge und Methoden zum jeweiligen Hausgebrauch in scharfe Anwendung bringend. Die Generalkommission fand damals von den Lokalkassen ungefähr die Werthschätzung, die jetzt in dem Parteikriege nicht nur ihr gegenüber zum Ausdruck kommt. Sie hatten einen guten Stand bei einem in Berlin immer zu finden gewesenen linken Flügel der Sozialdemokratie und galten als fortgeschrittene Elemente, worfür man heutzutage revolutionäre sagt, obwohl das äußerliche Wesen leicht zu einem Trugschluss auf die innere Festigkeit verführt. Das herausgestellte Klassenbewusstsein dieser Leute ging manchmal über die gewerkschaftliche Solidarität hinweg, der Hamburger Antimaurerstreik 1903 ist dafür das typischste Beispiel gewesen. Sie waren die „Vorhändler“ des jetzt neuen Dogmas, daß sich Minderheiten über die Mehrheit hinwegsetzen können. Nachdem Sieher gestorben, nahmen die Kaler und Genossen den Dr. Friedberg zum Vapst, der mit dem Anarchosozialismus und dem Generalfreik ein neues Banner aufrollte, die „Bettelpennistatik“ der Gewerkschaften ebenso als überholt verwerfend wie den Marxismus. Zu der sozialdemokratischen Partei wurde der Gegensatz der Lokalkassen und nunmehrigen Anarchosozialisten schärfer, weil von dieser die Sonderübungen immer deutlicher abgelehnt wurde, wenn auch Städtgen und andre sich trotz allem schließend vor die Angehörigen stellten. Erst der Münchener Parteitag der Sozialdemokratie (1908) zog den letzten Trennungsschritt. Die inzwischen ins anarchische Bahrwasser getauerte Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hatte aber unter dem Anarchosozialismus und dann dem Syndikalismus so stark abgewirkt, daß fast gar nichts mehr übrig geblieben war von der einst nicht unbedeutenden Organisation der Lokalkassen. Die durchaus unfruchtbare und unerfreuliche Periode politischer Gewerkschaften hat also ein unheimliches Ende gefunden und muß für alle Zeit eine Warnung sein, den allein richtigen Standpunkt parteipolitischer Neutralität in den Gewerkschaften zu verlassen.

Die hier in sichtlichem Umriß gezeichneten politischen Gewerkschaften hatten es leichter, den reaktionären Schlägen von Polizei, Justiz und Geheubehör auszuweichen, weil sie mehr oder weniger lose Gebilde waren. Der Vollstaat entfaltete keinen weitläufigen Apparat zu allererst auch nur gegen die Zentralverbände, die aktionsfähigen Gewerkschaften, wohl wissend, daß er da schwerer treffen konnte. Deshalb blieb es für sie: „Keine Politik in den Gewerkschaften“. Das die parteipolitische Neutralität allenthalben immer mit dem gleichen Nachdruck gewahrt worden wäre, läßt sich nicht sagen; es gab dafür kühlere Wege. Aus dieser Verwischung ergeben sich jetzt noch Rückschlüsse durch den leichten Eingang des Parteikriegs in solche Gewerkschaften. Wie der Weltkrieg in Vorgängen Jahrzehnte früher seine ersten Ursachen hat, so ist in dem Umfange, daß viele Arbeiter zuerst den Parteimännern in sich entdeckten und dann Gewerkschaftler wurden — gar häufig nur zu einem Bruchteil —, der Ursprung zu suchen, daß der in der Sozialdemokratie wütende Brand nunmehr voll blutüberschlägt in die Gewerkschaften.

In den Gewerkschaftskartellen ist es auch nicht immer so hergegangen, daß von einer strikten Wahrung der parteipolitischen Neutralität zu reden war. Diese brillanten Zusammenschlüsse haben sich früher nicht selten der Annäherung einer Parteipremie gelüßt, und sind ihr wohl auch freiwillig entgegengekommen. Vornehmlich äußerte sich das in jener Vorkriegszeit, daß nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und Leiter der Parteipresse Delegationen in den Gewerkschaftskartellen sein können. Das war einfach unzulässig. Es ist daher an verschiedenen Orten zu Ausstritten aus Gewerkschaftskartellen gekommen, auch Mitglieder unserer Organisation waren daran beteiligt. Es ist aber auch wegen anderer Übergriffe von Gewerkschaftskartellen zu Differenzen gekommen. Das Leipziger Gewerkschaftskartell nahm sowohl in Sachen des Tarifgemeinschaftsstreiks wie des Volkssetzungsstreiks scharf Stellung gegen die Haltung unseres Verbandes. Mit Ruhm ist es aus diesen Konflikten wahrlich nicht hervorgegangen.

Parteipolitische Neutralität ist nicht etwa gleichbedeutend mit politischer Verneinung. Der politische Instinkt ist bei den Massen jetzt an sich so stark ausgeprägt, daß es gar keiner Aufseinerung außer der von den Parteien selbst bedarf. Die noch näher zu demonstrierende Gefahrenquote zwingt aber zur Selbstkürzung in puncto Parteipolitik für die Gewerkschaftler. Ihre wirtschaftlichen Organisationen sind durchaus selbständige Organisationen. Da sie unumgänglicherweise dreien Tieren dienen können, müssen sie sich jeder Stellungnahme vom parteipolitischen Standpunkt aus enthalten. Das muß für die Vorkämpfer, für die Funktionäre im allgemeinen wie auch für jedes einzelne Mitglied ungelöstlich gelten. Mit einigem Taktgefühl ist das gar nicht so schwer, wie es den Anschein

hat. Wir Buchdrucker mit unserm angeblich mangelnden Klassenbewusstsein liefern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dafür wohl ein immerhin brauchbares Beispiel. Wer in den kritischen Jahren 1896/97 ein Vorstandsmittglied gehabt hat, wird es wissen, daß mit oppositionellen Kollegen, mit mehr oder weniger offenen Bekämpfern der Tarifgemeinschaft zusammengearbeitet werden mußte. Das war schließlich noch schwieriger, als wenn jetzt Mehrheitslokalisten, Anhänglinge und Kommunisten in einem Vorstande vereint sind zu löblichem Tun, denn der Tarifgemeinschaftskampft wirkte doch unmitteibar als der Parteikrieg. Es ist ja auch jedes Mitglied gleichberechtigt zu Ämtern und Würden, wenn es gewerkschaftlich tüchtig und erfahren ist und sich des Vertrauens der Kollegen erfreut. Seine Parteieigenschaft darf auf keinen Fall für ein Amt und dessen Ausübung maßgebend sein! Die Mitglieder aber dürfen unter keinen Umständen sich von Tagesfreizeit betreten, von parteipolitischen Marschrouten für die Gewerkschaftsarbeit leiten lassen oder den Parteistandpunkt in Versammlungen zur Geltung bringen wollen. Das Durch- und Gegeneinander bei der Arbeit der Sozialdemokratie würde sonst ein impressionnistischer, futuristischer Gemälde von den Gewerkschaften und ihrem Versammlungsleben ergeben lassen. Es zeugt in bester Weise für die Reife der Mitglieder einer Gewerkschaft, wenn diese ungehindert ihre Arbeit durch die brandenden Wogen des Parteikrieges nehmen kann. Ist dieser Unfug und ein Unglück zugleich, so müssen dem Unheile Dämme gezogen werden. Leidenschaftliche Vernunft vermag den jenseitigen Epidemien unter Tage noch ein Halt zu geben, und mit dem Gebote der parteipolitischen Neutralität dienen wir jetzt noch mehr als früher einer aus früherer Zeit entwicklungsnotwendigen größeren Zukunft für die Gewerkschaften!

Es darf niemand einfallen, auf diejenigen einen Stein zu werfen, die im Triebe der wildkürmenden politischen Bewegungen neue Ufer gefunden haben. Es wird ja nicht ein jeder gleich zu einem Fanatiker, der heute begierig, was er gestern noch absetzte, und der wird uns auch ferner ein lieber Freund, ein guter Kamerad bleiben, der die Überzeugung anderer achtet, wie ihm die eigene heilig ist. Wie es von ihm als unzulässig zurückgewiesen werden würde, wenn in Parteiversammlungen die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen für ihre Tendenzen und Methoden Propaganda entlassen wollten, so darf in Gewerkschaftsversammlungen nicht geduldet werden, daß die einzelnen politischen Parteien ein Feuerwerk loslassen. Gebes an seinem Ort und in seiner Weise! Diese Zurückhaltung läßt sich sehr wohl vornehmen; es gehört weniger Fühlhals, sondern nur guter Wille dazu. Der gute Wille, keiner Seite der Arbeiterbewegung zu schaden, jeder ihr Recht zu lassen.

Die Gewerkschaften haben je nach ihrer Richtung — leiber oder unwillkürlich begründet sich diese in besonderen Weltanschauungen, obwohl die Durchziehung der gewerkschaftlichen Aufgaben und der Kampf gegen das Kapital gar nichts damit zu tun haben — für die gewerkschaftliche Aktion immer die Parteien in Anspruch genommen, die ihnen darin am weitesten entgegenkamen, sich aber von Schlimmster gegenüber den Gewerkschaften freihielten, was natürlich auch umgekehrt gelten mußte. Es ist jedoch davon auf keinen der Gewerkschaften wenig zu merken gewesen. Andererseits kann von direkten Einbrüchen in die Gewerkschaften gesprochen werden. Das hat dann manchmal böse Zerwürfnisse gegeben. Wenn jetzt in viel härterem Maß als früher politische Parteien eine Oberhoheit über die Gewerkschaften zu errichten bestrebt sind, dann ist Abwehr von Seiten der Gewerkschaften nicht nur selbstverständlich, sondern sogar Pflicht, ihre Selbständigkeit und ihren Zusammenhalt zu wahren. Und wenn Marx, Bebel, Gork usw. mit ihren klaren Notwendigkeiten für die Gewerkschaften von solchen Parteien nicht mehr respektiert werden, so müssen sie eben damit rechnen, daß die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Mehrheit es ablehnen, alle Erfahrungen und Lehren aus früherer Zeit Minutennotizen zuzuleben zu spielen. Die Konsequenz ist auf ihrer Seite, und die Geschichte wird ihnen recht geben!

## Die Neutralität überholt!

Die bisherige Aufgabe unseres Verbandes wie der Gewerkschaften überhaupt war, eine Reihe von den Kollegen als bahnbrechend erkannte sozialpolitische Ziele höchster Art zu erringen. Im Rahmen des dahingeleiteten kapitalistisch-militaristischen Systems mußten sich die Gewerkschaften neutral halten, wollten sie bei den Vollzeitschulbesitzern einverleiben und den geschickt zum Inbegriffen des sozialen Erzeugens Arbeitern andererseits die nötige Beachtung finden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß unser Verband und die Tarifverträge im allgemeinen dieser neutralen Haltung ihr Wesen verdanken. Es gelang durch die Tarifverträge, die ersten Schritte zum praktischen Sozialismus zu machen, indem wir uns bei der Festsetzung der Arbeitszeit und Lohnverhältnisse ein Mitspracherecht sicherten.

Der heutige Umsturz im politischen Leben, dem die Umgestaltung der Wirtschaft folgen soll, hat uns nun vor die Tatsache gestellt, daß wir auch unser Neutralitäts-

prinzip gemäß den heute eingetretenen Veränderungen einer klaren, beutlichen und vor allen Dingen widerprüchlosen Neuorientierung zu unterziehen haben. Die Neutralität muß für uns ein überwindenes, von den Entwicklungsverhältnissen überholter Grundbegriff sein. Jetzt gilt es nicht mehr, sozialpolitische Einrichtungen für die Arbeiter zu schaffen, sondern sozialistische Arbeiterpolitik zu treiben.

Die Zeit seit der Revolution hat uns durch die politische Macht den Achtstundentag gebracht, sie hat das Recht des Arbeiters geltend und soll uns als Endziel — die Sozialisierung aller Produktionsmittel bringen. Damit wird das bisher durch die neutrale Haltung des Verbandes Erreichte anerkannt; gleichzeitig aber auch mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß im neuen Staatsgebilde Gewerkschaft und Politik, d. h. positive und negative Erziehung der Fragen der Arbeiterkraft, nicht mehr getrennt zu halten sind. Die Gewerkschaften müssen eine Art Arbeitskammer darstellen, deren Vertreter gemeinsam mit den politischen Vertretern der Arbeiterschaft — in diesem Falle der Sozialdemokratie (Frage sich nur welche? Red.) — alle Fragen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse regeln.

Es ist deshalb Zeit, daß der § 1 aus unserm Statut entfernt wird und an dessen Stelle ein klar formuliertes Satz zu treten hat, daß der Verband stets mit jener politischen Partei übereinstimmt, die nachgewiesenermaßen die Interessen der Arbeiterschaft in allen ihren Zweigen vertritt. (Soweit war diese Übereinstimmung auch bisher schon möglich; ja sie war sogar ohne parteipolitische Bindung leichter als mit einer solchen, Red.) Die Überleitung des Verbandes in ein gewerkschaftssozialistisches Gebilde wäre durch eine Abstimmung der Mitglieder mit einer Zweidrittelmehrheit herbeizuführen. Man kann sich der Hoffnung hingeben, daß die Kollegenschaft in ihrer übergroßen Mehrheit sich für diese Stellungnahme entscheiden wird. Und jene wenige, die glauben, auf dem bisherigen Wege weiter zu wandeln, diese müssen dann konsequenterweise auf den Achtstundentag und alles das verzichten, was wir noch durch die politische Macht der Arbeiterschaft erringen, für welches wir jahrzehntlang gewerkschaftlich umsonst gekämpft. Sie werden einflügeliger sein. Kollegen, aber wir nicht lange, denn die Gegenwart sowie die vorläufige Zukunft gehört unteilbar dem Sozialismus! Nur der eine gemeinsam und geschlossen gegangene Weg führt in gerader Linie, ohne Energieverschwendung, zum lange erträumten und erlebten Ziele.

Treiburg i. Br.

Peter Bauer.

## V., N.-V., G.-B.

Sollte man glauben, daß eine Gewerkschaft mit solch ausgesprochen dubiosen Programm wie der Verband der Deutschen Buchdrucker, es nötig hat, sein Augenmerk (nach der Revolution) noch zu richten auf N.-V. und G.-B.?

Und doch ist es so! Und noch fuhr er viel zu wenig! Frage ist alles, was jetzt noch vorgebracht wird, um den Nichtertritt in unsere Reihen zu bewirken.

N.-V. will die 2. Mk. wöchentlich nicht lassen können. Das ist sein hauptsächlichster Einwand. Und doch macht er jetzt zum wenigsten 11 Mk. wöchentlich ein, die ihm mühselos in den Schoß fallen.

G.-B. hat religiöse Bedenken. Man höre! Und politische.

Nun: Schreiber dieses hat selten religiösen Standpunkt nie verleugnet. In Wort und Schrift vertritt er seit diesen Jahren seine Weltanschauung, die in den Satz ausklingt: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Mit Tausenden getragener regamer Verbandsmitgliedern hat er gesprochen, mit Hunderten überzeugter Monisten, einer Anzahl eingetretener Materialisten Auge in Auge und Seele mit Seele gerungen, lange, beharrlich, erbittert, bis der Sieg auf die ewige Seite sich neigte; aber nie wurde er deswegen beschimpft oder gemieden, mißachtet oder gar verfolgt; folglich muß G.-B. immer gelogen, stürblich gelogen haben, ebenso wie N.-V. immer erbärmlich gelogen war oder — sei!

Wohlt noch die Politik unter beiden Freunden. Verfasser dieser Zeilen hat aus seiner antimilitaristischen Bestimmung (wie die Luchter in England, die Buchbinder in Rußland, die Anzener in Ungarn) nie ein Wort gemacht, er hat in zahllosen Versammlungen, denen viele politisch durchgebildete Buchdrucker teilnahmen, stets betont, daß eine materialistisch begründete Herrschaft (mache sie nun vom ewig geküßerten „Demos“ oder von „Militärkräften“ ausgehend) nie von langer Dauer war, während ganz plump denkende Glaubensgemeinschaften (wie die „Religion der letzten Tage“ in den Vereinigten Staaten) blühen und gedeihen. Seine (des Verfassers) politische Richtschnur war oben: „Aus nichts Böses, widerstehe dem Ubel.“ Er hat sich in unserm Reibeit dadurch Geener erworben, Widerfacher, aber nie Feinde; stets waren es Uebelthäter, die sich auf irgendein Programm blind eingelassen haben, und die mit Entschiedenheit seiner klärenden Dialektik unterlagen. Verfasser kennt keine Vereinigung, die dubioser wäre als der V., D., B. Lauffos hörten ihn Hunderte von Kollegen stundenlang an, wenn sie dichtgedrängt, atemlos saß, nach harter Tagesfron seine Beweise über das ewige Leben nachprüfen wollten. Und immer folgte reiflicher Beifall.

Was sagen N.-V. und G.-B. dazu? Nichts. Wenn der religiöse Einwand ist doch im höchsten Grade lächerlich, wenn von keiner Seite der Versuch gemacht wird, Bewiesenes zu leugnen.

Also: N.-V. und G.-B. liegt, liegt aufs neue! Aber wir dürfen das nicht so weitergehen lassen. Wir müssen dem Buchdrucker seine Scheuheit aufgeben, unentwegt und unerbitlich.

Wexlar.

Joseph Graf.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Fr. Barmen.** Die am 9. März im „Gewerkschaftshaus“ zu Barmen abgehaltene Bezirksversammlung war von 86 Kollegen besucht, die sich auf folgende Orte verteilten: Barmen (58), Geyersberg (10), Ronsdorf (10), Schwelm (7) und Spröckhöbel (1). Vom Vorsitzenden wurden die vom Kriegsschauplatz wieder heimgekehrten Kollegen willkommen geheißen. Unter Verehrlichkeiten gab er bekannt, daß Kollege Knäpper (Schwelm) sein 25jähriges Verbandsjubiläum beging. Die neuen Steuerungsanlagen haben bis auf zwei alle Firmen bewilligt. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Aus dem Schreberliche ging u. a. hervor, daß am 31. Dezember 1918 264 Mitglieder vorhanden waren, vom 1. Juli 1914 bis zum 31. Dezember 1918 waren 280 Mitglieder einberufen, davon 133 verheiratet. 43 sind im Felde gefallen oder an Verwundung bzw. Krankheits gestorben. Die Arbeitslosigkeit betrug in den beiden Bezirken Barmen und Eiberfeld im Dezember 72, im Januar 81 und im Februar 33 Kollegen.

**Bromberg.** Am 21. April kann unter langjähriger Bezirks- und Ortskassierer Kollege Otto Rindfleisch auf seine 40jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Das Vertrauen aller Kollegen in hohem Maße genießend, hat er sein verantwortungsvolles Amt seit 20 Jahre hindurch in geradezu vorbildlicher Weise verwaltet. Das soll auch an dieser Stelle anerkennend hervorgehoben werden. Wir wünschen von Herzen, daß der Jubilar seinen Ehrentag bei bestem Wohlbefinden im Kreise seiner Familie erleben möge!

**Duisburg.** In der Monatsversammlung am 16. März teilte der Vorsitzende unter „Geschäftlichem“ mit, daß sich bis jetzt 50 Kollegen der topographischen Vereinigung angeschlossen haben. Weiter machte er aufmerksam auf die am gleichen Tage stattfindende Versammlung der Buchdruckereiarbeiter und bat die Kollegen, sich warm der Organisierung der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen anzunehmen, damit auch in diesem Zweige des Gewerbes bessere Verhältnisse Platz greifen. Der zweite Punkt der Tagesordnung brachte eine ergiebige Aussprache über die neuen Beschlüsse der Tarifauschüsse. Bezüglich der Zuschläge für Nacharbeit wurde festgestellt, daß durch die Neuregelung in den meisten Betrieben keine Verbesserung erzielt worden ist. Der folgende Punkt betraf die Abschaffung der Nacharbeit. Der Vorsitzende berichtete über die bisher unternommenen Schritte. Der Zeitungsverlegerverein von Duisburg und Umgegend hat sich in einem Schreiben bereit erklärt, am 18. März mit dem Vorstand unseres Ortsvereins die Frage der Abschaffung der Nacharbeit zu erörtern. Ferner hat sich der Vorsitzende bezüglich dieser Frage mit den Nachbarbezirken in Verbindung gesetzt. Der Bezirk Essen hat in seiner letzten Versammlung ebenfalls zu der Abschaffung der Nacharbeit Stellung genommen, und in einer Resolution, die sämtlichen Bezirksvereinen des Kreises II übermittelt wurde, gegen die Nacharbeit scharf Stellung genommen. In der lebhaften Aussprache wurden nochmals die großen Nachteile der Nacharbeit erörtert. Besonders gelangt wurde darüber, daß vielen Kollegen durch die ständige Nachschicht es unmöglich ist, sich irgendwelche an Fortbildung und Gesellschaftsbeteiligungen zu beteiligen. Die Versammlung brachte einstimmig zum Ausdruck, daß sie gewillt ist, mit allen Mitteln die Abschaffung der Nacharbeit durchzusetzen. Zum Schluß gab Kollege Gürb den Kreisbericht. — Inzwischen hat die Konferenz mit den Vertretern des Verlegervereins von Duisburg und Umgegend und dem Vorstande des Ortsvereins stattgefunden, deren Ergebnis war, daß sich die Zeitungsverleger mit der Abschaffung der Nacharbeit einverstanden erklären, aber nur, wenn sich alle Verleger von Rheinlands-Westfalen bzw. Westfalen diesem Vorgehen anschließen.

**Anmerkung der Redaktion:** Die Kollegen Rheinlands-Westfalens sollten sich in erster Linie darauf betätigen, die in ihrem Gau in geradezu rigoroser Art zur Einführung gelangte Nacharbeit auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Die von ihnen geforderte gänzliche Beseitigung der Nacharbeit für ganz Deutschland würde eine sehr kurze Bewegung auslösen, besonders in Berlin, wo durchwegs geregelte Verhältnisse herrschen. Wie viele unserer Kollegen würden dort infolge des Wegfalls der Morgensstellungen arbeitslos werden! Diese Tatsachen verdienen doch entschiedene Berücksichtigung.

**Kr. Eiberfeld.** Die Versammlung am 10. März war von über 150 Kollegen besucht. Kollege Marschall erwähnte die Anwesenenden, im Interesse der Arbeitslosen ein wachstames Auge darauf zu haben, daß in den Druckereien hier am Orte jedes Überstundenmachen vermieden werde, ebenso, daß das „Nachfeierabendarbeiten“, welches infolge Personalmangels während der Kriegszeit zum Teil gestaffelt war, vollständig ausgemergelt werde. Die Kollegen des hiesigen „Generalanzeigers“ erreichten durch geschicktes, einmütiges Vorgehen eine wöchentliche Zulage von 5 Mk. Der Vorsitzende teilte mit, daß eine Bewegung betreffs Einführung der durchgehenden Arbeitszeit im Gange sei. Zur Diskussion gestellt, war die Mehrzahl der Diskussionsredner der Meinung, daß der augenblickliche Zeitpunkt der ungeeignetste sei zur Einführung der ungeteilten Arbeitszeit. Der Klassenbericht, der gedruckt vorlag, wies am Ende des vierten Quartals einen Barbestand von 2260 Mk. auf. 21 Neuaufnahmen wurden vollzogen, darunter befanden sich allein elf Außenberühmter; auch ein Zeichen, daß die Hochburg der Guttenbergländer erheblich zu wanken beginnt. Kollege Marschall hieß alle Neuaufgenommenen herzlich willkommen

und forderte sie auf, schließliche Verbandsmitglieder zu werden und kräftig mitzuarbeiten. In der Debatte über den Tagesordnungspunkt: „Aussprache über tarifliche und berufliche Angelegenheiten“, wurde zum Ausdruck gebracht, daß trotz der neuen Zulagen noch lange kein Ausgleich mit der vorhandenen Leistung geschaffen ist. In einem Abgange der Löhne könne überhaupt nicht gedacht werden; im Gegenteil, es müßte alles möglich sein, eine Verbesserung unserer Lage sobald als möglich herbeizuführen. Zum Schluß wurden noch verschiedene Mißstände einzelner Firmen zur Sprache gebracht; auch hier wurden die Kollegen ersucht, möglichst bald für Abhilfe Sorge zu tragen. Die anredend verlaufene Versammlung wurde um 11 Uhr geschlossen.

**Essen.** Zu Othm d. S. kann Kollege Edmund Sonnenstädt (langjähriger Bezirks- und Ortskassierer) auf eine 50jährige Tätigkeit im Berufs zurückblicken. Aus diesem Anlaß findet am ersten Osterfesttag, vormittags 10 Uhr, im „Prinz Karl“ eine der ersten Zeit entsprechende Feier statt.

**Frankfurt a. M.** Am 6. April konnte Kollege Karl Neus auf eine fünfzigjährige Tätigkeit als Buchdrucker zurückblicken. Kurz nach seiner fünfzigjährigen Jahre schloß er sich dem Verband an, welchem er jetzt über 40 Jahre angehört.

**Frankfurt a. M.** Am 28. Februar fand im hiesigen „Gewerkschaftshaus“ eine gutbesuchte Versammlung der Schriftsetzervereinigung Frankfurt a. M.-Offenbach statt. Anwesend war Bezirksvorsteher Neppels. Die Versammlung beschloß die Einleitung der Tarifbewegung, die Tarifbewegung in einer Tarifbewegung, welche aber bei Ausbruch des Krieges lahmgelegt wurde. Eine am 1. Februar d. J. gewählte Kommission arbeitete einen den jetzigen Tarifverhältnissen entsprechenden Tarif aus, welcher der Versammlung zur Begutachtung vorgelegt und mit einigen Änderungen gutgeheißen wurde. Sollen sich kann die gegenwärtige Bewegung zu Ende geführt und damit der Wunsch vieler Schriftsetzergruppierungen, nach einem einheitlichen Tarif zu arbeiten, erfüllt werden.

**W. Marburg.** Unter am 9. März abgehaltenen Bezirksversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach Begrüßung der Anwesenden, insbesondere der aus dem Felde Heimgekehrten und auswärtsigen Kollegen, wurde das Ableben der verstorbenen Kollegen Kuntz und Becker sowie des Kollegen Gaber (Berlin) geehrt. Sodann erlassene der Kassierer den Sachverhalt, wofür ihm einstimmige Entlastung erteilt wurde. Hieran erfolgte der Vorsitzende einen Kreisbericht sowie den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz. Im Kreisbericht wurden die im Felde gewesenen Kollegen aufmerksamer gemacht, daß sie den ersten Band der Verbandszeitschrift zum Preise von 1 Mk. noch vom Bezirk erhalten könnten. Im Anschluß an den Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Zum Schluß wurde noch folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die heutige abschließliche Versammlung der Kollegen des Bezirks Marburg nahm mit Befriedigung und Dank Kenntnis von den durch den Vorstand erlassenen Beschlüssen, die auf die gesamte verlassene Kriegszeit zurückgriffen. Mit besonderem Danke wurden die entschlossene und erfolgreiche Tätigkeit unserer Vertreter in der letzten Tarifauschüsse anerkannt. Es wird festgestellt, daß auch die heutigen Löhne kaum genügen, um die dringlichsten Lebensnotwendigkeiten zu bestreiten, und erwartet, daß bei weiterer Steigerung der Preise unserer Lebensverhältnisse an dem festgesetzten Termin des 31. August nicht unbedingt festgehalten wird.“ Dem Vorsitzenden wurde für seinen Vortrag reichlicher Beifall zuteil. Nach fünf Jahre langem Durchhalten kam man nun zur Vorstandswahl. Kollege Weber wurde zum Vorsitzenden und Kollege Knopf zum Kassierer wiedergewählt. Wie andere Funktionen wurden teils neu besetzt. Es folgte unter „Verabschieden“ die Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten.

**h. Schwelm.** Am 9. März fand hier eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, die gut besucht war. Von auswärtigen Kollegen waren die Städte Steglitz, Waldenburg und Jauer vertreten. Nach Eröffnung der Versammlung hielt Gehilfenvertreter Fiedler (Breslau) einen Vortrag über die letzte Tarifauschüsse. Welche schweren Stand unsere Gehilfenvertreter bei dieser Tarifauschüsse hatten, wußten ja schon die meisten Kollegen; deshalb war es doppelt interessant, den Ausführungen des Redners zuzuhören, mit welcher Härtnützigkeit die Prinzipalvertreter für ihre Interessen eintraten. Nach einigen Abweichungen berührte der Referent noch die Arbeitslosen und Lehrlingsfrage und führte u. a. aus, daß wir es den arbeitslosen Kollegen schuldig seien, die Lehrlingsentstellung und das Überstundenwesen zu bekämpfen. Dem Kollegen Fiedler wurde für seine interessanten Ausführungen herzlich Dank gesagt.

**Lt. Elm-Reum.** In unserer Monatsversammlung am 1. März wurden nach Erledigung des „Geschäftlichen“ zwei Kollegen aufgenommen. Sodann kamen die letzte Tarifauschüsse und deren Ergebnisse zur Sprache. Man zeigte sich bekräftigt davon, daß die Prinzipale entlassen müßten, daß aller Protest gegen eine Erhöhung des Lohnes unfruchtbar sei, und daß die Gehilfen nun endlich in den Besitz des Lohnes, den viele andere Arbeiter schon längst haben, gelangen. Unter „Verabschieden“ wurde die Ferienfrage angeschnitten und erwähnt, daß es an der Zeit sei, die Ferien insofern etwas zu ändern, daß die Kollegen, die 25 Tage und noch länger in einem Geschäft seien, nicht bloß vier Tage erhalten dürften, wenn andre mit kaum halbjähriger Geschäftstätigkeit

drei Tage erhielten. Beschlössen wurde, damit zu warten, bis eventuell tariflich eine Änderung vor sich geht.

**Wärzburg.** (Nachrichtenmeisterverein.) Am 23. Februar wurde unsere gutbesuchte öffentliche Generalversammlung abgehalten. Nach Aufnahme zweier Kollegen bestellte der Vorsitzende Bericht über die abgelaufenen Kriegsjahre ab, dabei hervorhebend, wie schwer es war, den Bericht über diese Zeit hinwegzubringen. Der Klassenbericht ist mit 150,22 Mk. ein sehr guter zu nennen. Da der Kriegsvorstand eine Niederlage absteuerte, so wurde Kollege Sorenbeck als erster Vorsitzender neugewählt. Auch wurde eine technische Kommission aus drei Mitgliedern gebildet. Nach einer sehr regen Aussprache über die zur Zeit herrschende große Arbeitslosigkeit ermahnte der neue Vorsitzende die Kollegen, sich mehr denn je in ihren Berufsgruppen zusammenzuschließen, denn nur einen technisch auf der Höhe stehenden Kollegen sei es heute möglich, sich eine günstige Position zu schaffen, und jedem Mitglied ist es möglich, durch rege Teilnahme an den Vereinsabenden seine Erfahrungen zu bereichern und auf andre belehrend zu wirken.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Nachdemmerwerkes Beispiel.** Der „Dortmunder Generalanzeiger“ in Dortmund bewilligte als einmalige Entschuldigungssumme für Inverehrter 300 Mk., für Verheiratete 400 Mk. und für jedes Kind unter sechzehn Jahren 50 Mk. an alle über 20 Jahre alte im Betriebs Beschäftigten einschließlich Bureau- und Expeditionspersonal sowie Hilfsarbeiter. Den unter zwanzig Jahre alten Hilfsarbeitern und den Frauen wurde ebenfalls eine Summe bewilligt, so daß keiner leer ausging. Außerdem wurde eine Erweiterung der Ferien in der Weise vorgenommen, daß bei einjähriger Beschäftigungsdauer eine Woche, bei fünfjähriger anderthalb Woche und bei sechsjähriger Beschäftigungsdauer zwei Wochen Ferien gewährt werden. Auch sollen bei fortwährender Teuerung die Löhne einer Revision unterzogen werden.

**Ein Buchdrucker als Postdirektionspräsident.** Kollege Gustav Kirker, welcher früher in Leipzig konditionierte, ist zum Postdirektionspräsidenten von Magdeburg ernannt worden.

**Gehilfenentlohnung.** Die Prüfung im Handwerkskammerbezirk Wiesfeld zeigte folgendes Resultat: Es hatten sich gemeldet: 15 Geher, 7 Drucker, 1 Schweizerdegen. Davon erhielten: 4 Geher „Gut“, 8 „Stemlich gut“ und 5 „Gehilgend“; 4 Drucker „Gut“, 1 „Stemlich gut“, 1 „Gehilgend“, 1 „Ungehilgend“ (dieser soll auf Kosten seines Prinzipals in einer andern Druckerlei ein halbes Jahr nachlernen); 1 Schweizerdegen „Gehilgend“.

**Überfälle auf Hamburger Zeitungen.** In der Nacht zum 10. April ereignete sich in der Hamburger „Volkszeitung“ ein unerhörter Überfall. Fertiger Satz wurde auseinandergerissen, Gehilfen wurden ausgeschüttelt, Maschinen sind beschädigt worden, und schließlich anbeden die Einbrecher Feuer an, das zwar bald gelöscht werden konnte, immerhin jedoch größeren Schaden angerichtet hat. Auch das „12-Uhr-Blatt“ ist von einer ähnlichen Menge gestürmt worden, welche die Einrichtungen zerstörte und die im Drucke befindliche Ausgabe vernichtete. Schließlich wurden die Vorgesprechungen der „Hamburger Warte“ geschluckt und dem Herausgeber eine sogenannte Verwarnung erteilt. In Hamburg ist man sich darüber einig, daß an diesen Überfällen nicht politische Personen beteiligt sind, sondern daß vielmehr der Hamburger Mob in Betracht kommt.

**Auffassung gegen die Zensur in München.** Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, welche zunächst ihre Feder auf ihre Verantwortlichkeit für den Inhalt ihrer Zeitung unter der gegenwärtigen Zensur hin geworfen hatte, können es jetzt rundweg ab, sich der Zensur der Presseabteilung des provisorischen revolutionären Zentralsrats zu unterwerfen. Daraufhin hat die Presseabteilung des Zentralsrats die Redaktion des genannten Blattes selbst übernommen.

**Zur Maffeler.** Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erteilt einen Aufruf zur beschleunigten Maffeler, der in allen Arbeiterblättern zum Abdruck gelangt. In diesem Aufrufe wird es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, daß der 1. Mai in diesem Jahre durch Arbeitsruhe gefeiert wird, und zwar soll die Feler für die deutschen Arbeiter diesmal eine Siegesfeier sein, infolge der Achtstundentag durch die Revolution verwirklicht ist und die gesamte Sozialpolitik unter dem Einfluß der Arbeiter steht. Auch im Ausland ist der Achtstundentag zum Teil eingeführt, zum Teil auf dem Annahernde; selbst aus Frankreich wird von einem Entgegenkommen in dieser Hinsicht seitens der Regierung berichtet. Hoffentlich folgen die fehlenden Länder bald nach, so daß der Achtstundentag internationales Gemeingut wird. Mißtrauisch muß die deutsche Arbeiterklasse jedoch dem Entwurf eines Wählerbundes gegenübersehen; derselbe ist für die deutschen Arbeiter völlig ungenügend und nicht geeignet, der Welt den Frieden zu sichern. Eine vollständige Ausbildung und Vorbildung aller Arbeiter muß Platz greifen; und hierfür in imposanten Kundgebungen zu demonstrieren, soll Aufgabe der diesmaligen Maffeler sein. Der Aufruf der Generalkommission verweist denn auch mit Recht auf die einstimmigen Beschlüsse der Berliner Gewerkschaftskonferenz, auf welcher Vertreter der Gewerkschaften beider Kriegsjahre Gruppen einen Wählerbund der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Bund der menschlichen Solidarität forderten und ferner einen beschleunigten Ausbau der internationalen Arbeiterschutzbewegung vor-





